

QUARTALSBERICHT

Projektland: Chile

Quartal/Jahr: I/2011

SCHLAGZEILEN

- 1. KABINETTSUMBILDUNG**
- 2. PROTESTE IN DER REGION MAGALLANES**
- 3. BILDUNGSREFORM**
- 4. KONFLIKTE IN DER OPPOSITION**

Innenpolitik

Nachdem der Verteidigungsminister, Jaime Ravinet, am 13. Januar seinen Rücktritt bekannt gegeben hat, haben nur einen Tag später auch der Energieminister, Ricardo Raineri, der Transport- und Telekommunikationsminister, Felipe Morandé, und die Arbeitsministerin, Camila Merino, ihre Ämter niedergelegt.

Nach eigenen Aussagen trat Ravinet aus „persönlichen und privaten Gründen“ zurück. Es gäbe „keine politischen Themen oder Meinungsunterschiede mit der Regierung“. Schon seine überraschende Ernennung sorgte für einigen Aufruhr, da er bei Amtsantritt seine aktive Parteimitgliedschaft in der PDC¹ beenden musste.

Der Rücktritt des Energieministers schien die Antwort auf die Proteste der Einwohner der Provinz Magallanes auf Grund der Reduktion der Gas-Subventionen zu sein.

Die Amtsniederlegung von Merino erfreute die Arbeiterschaft. Die Ministerin hatte es seit ihrer Amtsübernahme nicht geschafft, ihre Projekte umzusetzen und stellte keine große politische Stütze dar. Sie plante, die Anreize für den Ruhestand zu stärken und die Arbeitslosen zu unterstützen.

1

Der Transport- und Telekommunikationsminister wird hingegen als Opfer der schwachen Entwicklung des Transportsystems im Raum Santiago, Transantiago, das schon seit seiner Einführung während der Präsidentschaftszeit von Michelle Bachelet mit Problemen verbunden war, angesehen.

Am 16. Januar vereidigte Präsident Piñera dann das neue Kabinett. Zwei von den vier Ministern wurden durch politisch Mitte-rechts stehende Senatoren ersetzt. Die Ämter des Verteidigungsministers und des Arbeitsministers werden von den Ex-Senatoren Andrés Allamand (RN)² und Evelyn Matthei (UDI)³ übernommen, im Energiesektor nimmt der Bergbauminister Laurence Golborne sein zweites Amt an und als Transport- und Kommunikationsminister wurde Pedro Pablo Errázuriz, unter anderem Vizepräsident der Planung von der Fluggesellschaft LAN Chile, ernannt.

Die beiden Ex- Senatoren mussten ihr bisheriges Amt niederlegen und ersetzt werden. Dies führte zu Konflikten in der Bevölkerung, da diese die Senatoren durch eine direkte Wahl für acht Jahre bestimmt und die freien Senatorenämter nun von den jeweiligen Parteivorständen vergeben werden. Das System entspricht nicht dem Willen der Wähler, hieß es in den entsprechenden Wahlkreisen.

Andrés Allamand wurde durch den Parteivorsitzenden der Partei Renovación Nacional (RN), Carlos Larraín, im Wahlkreis Osorno / Valdivia ersetzt. Nachfolger von Evelyn Matthei in der Region Coquimbo ist Gonzalo Uriarte (bisher Abgeordneter im Großraum Santiago).

Auf Allamands Agenda stehen die Aufrechterhaltung der Landesverteidigung, sowie die Modernisierung des Verteidigungsministeriums und der Streitkräfte ganz oben (er hat bereits sein Geleit von 19 auf 7 Personen reduziert). Ihrerseits plant Matthei die Gleichberechtigung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz, sowie die Kooperation von Gewerkschaften, Unternehmern und politischen Akteuren zu fördern. Hauptaufgabe des neuen Verkehrsministers Errázuriz ist eine deutliche Verbesserung des Verkehrssystems Transantiago.

Der zweifache Minister Golborne wird sich der Problematik ansteigender Gaspreise im Süden Chiles in der Region Magallanes widmen. Der Streik in der Problemregion hat jedoch, dank der guten Verhandlungen des neuen Ministers, bereits ein Ende gefunden, da die Regierung und die Bürgerversammlung über die Erhöhung der Gaspreise zu einer Einigung gekommen sind.

Das Thema der Konkurrenz innerhalb des Kabinetts beschäftigte den Präsident Piñera schon längere Zeit, vor allem als im November die Streitigkeiten auszubrechen drohten. Durch die Kabinettsumbildung Mitte Januar sind jetzt neben dem amtierenden Innenminister Hinzpeter, dem Bildungsminister Lavín und dem Bergbau- und Energieminister Golborne, zwei neue potentielle Präsidentschaftskandidaten auf der Bildfläche erschienen. Es sehnen sich nun auch die Ex-Senatoren Allamand und Matthei nach dem Amt. Der Minister Larroulet äußerte bereits, dass mit dem Eintritt der beiden neuen Minister, das Kabinett schwer lenkbar werde.

² Partido Renovación Nacional

³ Unión Demócrata Independiente

Der Konkurrenzkampf, der jetzt im Kabinett entstehen könnte, hat zwei Seiten. Einerseits ist es förderlich für die Politik des Landes, da die Minister versuchen, ihre Versprechen umzusetzen, um Sympathiepunkte bei den Wählern zu sammeln. Andererseits ist eine angespannte Atmosphäre innerhalb des Kabinetts schädlich für die Kooperation der Minister.

Piñera kündigte jedoch schon an, dass es im Kabinett keine Kandidaten geben werde, obwohl dieses „eine Gruppe von Exzellenz“ mit Potential sei. Er forderte die Minister auf, im Sinne der Regierung zu arbeiten, denn nur so könne sie die Legitimation für eine weitere Wahlperiode gewinnen.

Die Pläne Piñeras, das Rennen um den Posten zu kontrollieren, sind jedoch auf noch keinen fruchtbaren Boden gestoßen. Der Eintritt Allamands in das Kabinett wird in der politischen Welt als Niederlage Hinzpeters angesehen. Der Ex-Senator hatte angekündigt, sich zu Wahlen innerhalb der RN zu präsentieren, um Hinzpeter in politischer Sicht zu besiegen. Die Möglichkeit, dass Allamand an politischem Einfluss gewinnt, missfällt dem Innenminister und so wollte er ihn und Evelyn Matthei von der Teilnahme am „Comité Político“ ausschließen. Piñera hingegen teilte diese Ansicht nicht.

Diese Konflikte zu bewältigen, beziehungsweise den Konkurrenzkampf innerhalb des Kabinetts zu vermeiden wird eine große Herausforderung für Präsident Piñera und seine Regierung darstellen.

Ende Dezember hatte der Gaslieferant ENAP (Empresa Nacional del Petróleo) beschlossen, die Gaspreise in der Magallanes Region um 16,8 Prozent zu erhöhen und erhielt dabei Unterstützung von der Regierung. Die Maßnahme sollte die Preisdifferenz zwischen den subventionierten Gaspreisen und dem internationalen Markt verringern.

Vor allem im Winter, in dem es in dieser Region zu eisigen Temperaturen kommen kann, würden nicht nur die Gasrechnungen der Bewohner signifikant ansteigen, sondern auch die übrigen Lebenskosten, da beispielsweise auch der öffentliche Transport gasbetrieben ist. Noch vor etwa einem Jahr versprach Präsident Piñera, dass die Region ihre bevorzugten Gaspreise beibehalten wird, nun machte sich Ärger unter den Bewohnern breit. Der Ex-Energieminister Ricardo Raineri schürte den Konflikt desweiteren auf, indem er keine politische Sensibilität gegenüber der Situation erwies und sagte, dass „das Fest in Magallanes vorbei“ sei und dass die Region sich nun für Investoren interessant machen müsse.

Unmittelbar nach der Ankündigung der Preiserhöhung gab es dann eine Protestreaktion der Einwohner, die bald schon zu einer der größten Demonstrationen der letzten Jahre in Chile ausartete. Verschiedene Gruppierungen von Studenten, Arbeitern, Gemeinden und anderen Verbindungen blockierten die Zugangsstraßen zu der Hauptstadt der Region, Punta Arenas, und legten die Stadt für mehr als sieben Tage lahm. Später breiteten sich die Proteste aus und es wurden weitere wichtige Straßen mit mehr als 2000 Fahrzeugen blockiert, sodass beispielsweise kein Zugang

mehr zum Flughafen oder dem Nationalpark „Torres del Paine“ (ein der wichtigsten Touristenziele Chiles) bestand.

Die Proteste weiteten sich immer mehr aus und gerieten teilweise außer Kontrolle. Zwei Demonstrantinnen wurden in einer Nacht massiver Aufstände von einem LKW überfahren. In dieser Nacht hatten sich zahlreiche Personen hupend zum Protestieren zusammengefunden und Barrikaden angezündet.

Am 18. Januar fanden die Aufstände endlich ein Ende, da die Regierung und die Bürgervertreter der Region zu einer Einigung gekommen sind. Nach langen Verhandlungen mit dem neuen Energieminister Golborne, der nach Magallanes gereist war, konnten die Bewohner ihren Triumph feiern. Es wurde eine Erhöhung der Gaspreise ab dem 1. Februar um 3 Prozent beschlossen, was etwa dem Anstieg des Verbraucherpreisindex entspricht. Desweiteren ist die Regierung dazu bereit, die 18.000 ärmsten Familien der Region für einen Zeitraum von acht Monaten finanziell zu unterstützen, indem sie 3 Prozent der Rechnung übernimmt.

Die volkswirtschaftlichen Schäden, die durch die Aufstände entstanden sind, belaufen sich etwa auf 30 Millionen US Dollar.

Bildungspolitik

Die Abgeordnetenkammer verabschiedete am 19. Januar eine neue Bildungsreform, die darauf abzielt, die Qualität des Unterrichtswesens zu verbessern. Der Bildungsminister Joaquín Lavín sagte, dass das „ein Erfolg für die Kinder in Chile, nicht die Regierung“, sei.

Die Reform beabsichtigt unter Anderem, wirtschaftliche Anreize für Lehrer zu schaffen, sowie die Befugnisse der Schulleiter zu erhöhen, damit diese bis zu 5 Prozent der Lehrer mit schlechten Beurteilungen entlassen können. Desweiteren beinhaltet die Reform einen Anstieg der städtischen Bildungsausgaben sowie die finanzielle Unterstützung von Schulen, die Schüler mit schwachem sozialen Hintergrund aufnehmen. Es soll ein neues Auswahlverfahren für Leiter der städtischen Bildungseinrichtungen und -verwaltungen geben, da die Ämter dann mit mehr Autorität und Autonomie ausgestattet werden. Außerdem ist eine Erhöhung ihrer Gehälter sowie die des Verwaltungs- und technisch- pädagogischen Personals vorgesehen.

Lehrerverbände äußerten Unzufriedenheit mit der neuen Reform. Sie empfinden die Neuerungen nicht als solche, sondern eher als Vertiefung des aktuellen Systems. Sie kritisieren den privatisierenden Charakter des Projektes und, dass das Gesetz die Qualität der öffentlichen Bildungseinrichtungen, worin ihrer Meinung nach das Problem liegt, nicht in Frage stellt. Der Vorsitzende der Lehrerschaft Jaime Gajardo, kündigte Demonstrationen gegen die Reform an.

Die Bildungsreform führte desweiteren zu einer tiefgreifenden Krise in der Oppositionskoalition „Concertación de Partidos por la Democracia“ („Koalition der

Parteien für die Demokratie“), da drei von vier Parteien der Reform zugestimmt haben.

Der Vorsitzende der Partido Radical Social Demócrata (PRSD), Senator Juan Antonio Gómez, beschwerte sich über die Einstimmigkeit zwischen Opposition und Regierung, durch welche die neue Bildungsreform verabschiedet werden konnte und kündigte an, ihre Beteiligung in der Oppositionskoalition einzufrieren.

Dies stellte die größte Krise dar, die die Concertación in den letzten 23 Jahren hatte. Letztendlich löste sich die PRSD nicht von der Concertación, forderte jedoch einen neuen Entscheidungsbildungsmechanismus und Reglementierungen, um Ungleichheiten in der „Concertación“ zu lösen.

Jorge Sandrock

Der Autor ist Büroleiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Santiago de Chile, Chile

IMPRESSUM

Erstellt: 10.04.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: ijz@hss.de | www.hss.de